

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 22. Mai 1912.

Im Bundesrat: Staatsminister Dr. Delbrück, Reichs-
schatzsekretär Rüßig, Kommissare.
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 20 Mi-
nuten vormittags.

Auf der Tagesordnung stand zunächst der Antrag zur Ver-
langung des Reichstages bis zum 20. November 1912.
Der Antrag wurde angenommen.

Es folgte die dritte Beratung des Zusatzvertrages zum Aus-
lieferungsvorgang mit Luxemburg. Der Vertrag wurde ohne
Debatte angenommen.

Ohne Debatte passierte auch die dritte Lesung der Verträge mit
Bulgarien.

Dann folgte die dritte Lesung des Militär-Einführungsgesetz-
gesetzes.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich bitte Sie, den Titel des Ge-
setzes zu fassen: „Militärgesetz für militärische Luftfahrer.“
Ohne weitere Debatte wurde unter fast einstimmiger Annahme
dieses Antrages das Gesetz angenommen.

Sodann wurden mehrere Meinungsaustausche erwidert.
Es folgte die dritte Lesung der Rollendeklaration für die Ver-
fassung von Reich und Provinz und Reichsstaatsminister.
Die Gesetze wurden ebenfalls ohne Debatte angenommen.

(Abhandlung die dritte Lesung des Etats.
(Der Reichstag betrat den Saal.)

Abg. Ledebour (Soz.) (unter großer Unruhe des Hauses):
Bei der ausgesprochenen Aneignung des Hauses, überhaupt noch
in ernste Erörterungen einzutreten, ist es schwer, das Wort zu
ergreifen. Wir haben jedoch eine Anzahl der wichtigsten Vor-
lagen hier angenommen — unter einer Unruhe des Hauses, die
zeigt, daß die Herren gar kein Interesse haben. (Lärm rechts.)

Präsident Dr. Kaempf: Es ist unzulässig, dem Hause Mangel
an Interesse vorzumwerfen. (Beifall.)

Abg. Ledebour (Soz.) fortsetzend: Die Vorkommnisse
im preussischen Abgeordnetenhaus und in die Ver-
einbarungen sind die Auswüchse der reaktionären Poli-
tik der Regierung. Um vernünftige Zustände in Preußen zu
schaffen, muß das Reich eingreifen. Wenn Sie die revolutionäre
Wirkung der Sozialdemokratie nicht wollen, so sorgen Sie
dafür, daß in Preußen ein modernes Wahlrecht geschaffen wird.
Ich sorgte Sie dafür, daß Ihre Unterparlamentarismus im Abgeor-
dentenhause der Interaktion nicht derartige Helferdienste leisten,
wie dies bei der würdigen Behandlung der Abg. Vorwärts und
Leinerz geschehen ist. — Es heißt fest, daß das Kaiserwort in
Straßburg dem Sinne nach dahingehet, daß er, wenn solche Vor-
kommnisse sich wiederholten, die Verfassung in schweren Schlägen
wolle. Dagegen hilft keine Verfassung durch den Reichstagler.
Das wäre wohl in England geschehen, wenn man hätte unter
Ausdruck über die Verfassung gehalten wäre. Man hätte unter
den Thron in Spanien geschehen oder einen solchen König in
Balmoral (Große Unruhe rechts) oder in einem stillen Schloß
wie am Starnberger See untergebracht. (Erneute Unruhe rechts,
Lärm: Unerbittl! — Glode des Präsidenten Dr. Kaempf: Ein
Vergleich ist meiner Ansicht nach vollständig unzulässig.
Wegen des letzten Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung.) Ich
kann mit diesem Punkt auch schließen. Ich habe zum Ausdruck
gebracht, was geschehen möchte, wenn das deutsche Volk genötigt
sein Selbstbewußtsein bedroht wäre. (Große Unruhe rechts,
Präsident Dr. Kaempf: Ich rufe Sie abermals zur Ordnung.
Andererseits kann bei bei Sozialdemokraten.) Die brutale
Zwangsgemachung an den Polen und Dänen verwerfen wir,
wenn die Mehrheitsparteien vordringliche Patrioten sind und eine
Unterdrückung der Deutschen in Anhalt, Ungarn und Amerika
verabscheuen, dann dürfen sie auch die Polen- und Dänenpolitik
nicht mitmachen. Weil den bürgerlichen Politikern das un-
abwendbare politische Schicksal einer sozialistischen Umgestaltung
des Staates in die Knochen gefahren ist, deshalb haben wir die
reaktionäre Anglistik, die sich im preussischen Parlament aus-
bildet. Die Umwälzung wird durch solche Politik nur beschleunigt.
Wir sind auf alles gefaßt und gewappnet und werden dafür
kämpfen, daß auch das Deutsche Reich eine dem deutschen Volk an-
gemessene Staatsform bekommt.)

Abg. Schulz-Bromberg (Npt.): Der Herr Abg. Ledebour hat
gefragt, ich hätte bei meinen Ausführungen gegen den Abg.
Scheidemann das bessere Teil der Tapferkeit erwähnt. Mir ist
es nicht eingfallen, zu meinen. Herr Ledebour dagegen hat dies
heute getan, indem er Ausführungen über den König von Eng-
land machte, die mit größter Deutlichkeit auf den Kaiser gerichtet
waren. Wir begreifen, daß Herr Ledebour endlich klar heraus
sagt, wozu das Ziel der Sozialdemokratie geht. Dabei tritt er
auf und beschimpft den Kaiser. (Vizepräsident Dowe: Sie dürfen
nicht sagen, daß ein Abgeordneter die Person des Kaisers be-
schimpft.) Gängen Sie damit an, dann hört die Zahl Ihrer Mit-
glieder auf. An der Krone hängen sie mehr als an Ihren Phanta-
sien. (Lärm rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.): Ich habe absolut nicht verstanden, daß
ich mich über den Kaiser geäußert habe. Ich habe dem deutschen
Volk jenseit Selbstgefühl gewünscht, als die Engländer haben.
Kann man deutlicher sein?

Reichsanwalt Dr. v. Weismann Holweg: Der Herr Abg. Ledebour
hat gemeint, ich hätte Schmierigkeiten gehabt, die Worte des
Kaisers zu verteidigen! Ich meine keine Schwierigkeiten, für
meinen Kaiser einzutreten. (Lärm rechts, Lärm links.) Und ich
weiß, daß ich die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes
hinter mich habe. (Beifall des Saals rechts.) Das ist mich nicht
hinter mich verstanden kann, gebe ich Ihnen zu. Sie haben heute
wieder als Dowe hingewiesen, daß deutsche Volk unter ein sozia-
listisches Regiment zu stellen, und davon will das deutsche Volk
nichts wissen. (Lärm.) Das deutsche Volk hat an seinem Kaiser
und seinen verfassungsmäßigen Institutionen fest. Das deutsche
Volk fühlt sich verletzt, wenn der Kaiser in einer Weise hier
kritisiert wird, wie es der Herr Abg. Ledebour getan hat. Das
deutsche Volk wird Ihnen die Antwort eines Tages geben für
diese Angriffe gegen Kaiser und Reich! (Beifall des Saals links
bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der Reichsanwalt meint, er habe
die meisten Deutschen hinter sich, wenn er den Kaiser und die
Verfassung gegen die Angriffe von links verteidigt. Es handelt
sich nicht darum, daß wir Angriffe gegen die Verfassung machen,
sondern solche Angriffe zurückweisen (Sehr richtig bei den Soz.)
und damit etwas tun, was das Amt des Reichsanwalts wäre.
Denn er ist verpflichtet, die Verfassung zu wahren. Im übrigen
beinhaltet er sich in einem belagerten Jertum, wenn er
meint, daß in solchen Fällen das deutsche Volk hinter ihm stehe.
Es ist doch erwiesen, daß Kreise, die sich streng von den Sozial-
demokraten fern halten, Äußerungen über den Kaiser tun, die wir
nicht einmal abdrucken. Während der Marxoffiziers ist ihm ge-

habt Bundesrat vorgeworfen worden. Das Organ der Par-
tei des Herrn Schütz (Lärm von rechts.) Und wo bleibt der
Widrigkeit? (Vizepräsident Dowe: Wenn der Herr Schütz die Kritik zu
eigen machen würde, die er hier vorträgt, dann würde ich selbst
persönlich eingreifen.) Das Organ der Reichs-
partei, die „Volk“ ist zweifellos seit langem bemüht, einen perfiden
Kampf gegen den Kaiser zu führen, den ich als scharfer
Gegner des persönlichen Regiments in dieser Form zu führen,
weil unter meiner Würde hätte. (Sehr richtig links.) Es han-
delt sich bei uns nicht um einen Kampf gegen die Person des
Kaisers, sondern um die Weiterentwicklung der Verfassung. Das
eine solche von weiten Kreisen des Volkes erhebt wird, haben
wir letzten Wahlen gesehen. Unsere Friedensbestimmungen im Par-
lament werden im Auslande nicht angesehen, weil
lediglich eine Person darüber zu befinden hat. Wir werden nicht
ruhen und rasten, bis diese Gefahr beseitigt ist. (Lärm bei den
Sozialdemokraten.)

Reichsanwalt Dr. v. Weismann Holweg: Der Abg. Dr. Süde-
kum hat mir eben als Aufgabe zugewiesen, die Verfassung in
Schutz zu nehmen. Das werde ich auch mit vollem Recht tun, ich
bin jederzeit dafür eingetretet, und wenn der Abg. Dr. Südekum
heute wiederum ausgeführt hat, die Äußerungen Seiner Majestät
des Kaisers in Straßburg wären ein Angriff auf die Verfassung,
so werde ich ihn auf das, was ich in dieser Beziehung neulich
gesagt habe. Der Abg. Dr. Südekum hat mir weiter eine Be-
schuldigung darüber erteilt, daß verfassungsmäßige Zustände fort-
gelebt würden, fortgelebt werden könnten und fortgelebt
werden müßten. Ich glaube, der Abg. Dr. Südekum wird mir
genug Kenntnis und Verständnis für die Geschichte zumuten, als
daß ich diesem Sage nicht beistimmen sollte; aber, meine Herren,
Sie gehen doch etwas anders vor. Die Herren Sozialisten
lieben es ja, es so darzustellen, als ob eine gesetzmäßige Fort-
bildung unserer Verfassungszustände, nach den ihnen vor-
geschwebenden Zielen ihre Pflicht sei. Das hat aber nicht der
Abg. Scheidemann hier gesagt? Er ist zurückgekommen, so habe
ich ihn neugierig verstanden, auf die Änderungen Ihrer Ge-
setzgebung, monad jetzt an die Interpellationen Anträge Ge-
setzgebung werden sollen. Damals als die Debatte über diese
Gesetzgebung stattfand, hat der ganze Reichstag einstimmig der
Antrag, es sollte keine Verfassungsänderung im Sinne des Systems,
unter dem wir leben, damit gemeint sein. Das hat aber nicht
Abg. Scheidemann gesagt? Er hat zugestimmt mit einem sehr
deutlichen Wink auf das Zentrum, auf die Nationalliberalen, auf
die Freiwilliche Partei, sie sollten doch nun einmal Männer werden
und zur Tat schreiten, durch die sie diesen Verfassung, die
etwas der Reichstag sagen sollte, zur Wirklichkeit verhelfen. Ist
das eine Verfassungsmäßige Fortbildung? Ich glaube, es ist ein
scharfer Eingriff in unsere politischen Verhältnisse. (Beifallige
Zusammenkunft rechts.) Und was im übrigen von Ihnen auf
Parteilichkeit, und in Ihrer Presse gesagt worden ist über die
Form, wie Sie sich erreichen wollen, denen Sie nachstreben,
ist über die Verfassungsmäßigkeit kein Rede mehr. Darüber
sollten sich die Herren klar sein, wenn sie oben unten den
Vormerk machen, daß sie nicht für die bestehende Verfassung ein-
treten. (Beifalliger Beifall rechts.)

Abg. Schulz-Bromberg (Npt.): Der zitierte Artikel der
„Volk“ ist von einem Sommerarbeiter geschrieben. (Lärm links.)
Er ist auch in der Welt sehr richtig gesagt worden. Die Reichs-
partei ist im weitesten Maße verantwortlich zu machen. Der
Kaiser hat in den 24 Jahren sein Regieren bewiesen, daß er
es nicht mit der Verfassung meint. Wenn die Ausländer derartig
über unsere Zustände denken, dann sind sie schlecht beraten und
sollten eines besseren belehrt werden. (Lärm rechts.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Wenn jemals eine Rede entfällt
ist, so ist es bei meiner Rede geschehen. (Zuruf rechts: Dies Kind,
sein Engel ist so rein.) Ich habe kein Wort zurückgenommen. Auch
der Reichsanwalt hat mich vollkommen mißverstanden, als er den
Saal unter Protest verlassen hat. In diesen Tagen gibt es
zwischen Revolutionen und Kadetten bei uns nicht die geringste
Meinungsverschiedenheit. Die sozialdemokratische Partei hat stets
jede Gewalt abgelehnt. Wir haben stets gesagt: Wir wollen auf
friedlichem Wege erreichen, was wir wollen. In Deutschland
haben wir keine anarchischen Gewalttaten, weil wir eine harte
Sozialdemokratie haben, die die Leute in friedliche Bahnen lenken
kann. Sie (zur Rechten) haben es in der Hand, ob wir uns weiter
friedlich entwickeln wollen, und Sie haben die Verantwortung da-
für.

Damit schließt die Generaldebatte.
Der Etat des Reichstages wurde bewilligt.

Es folgten der Etat des Reichsanwalts und der Reichs-
Tasche.

Abg. Emmel (Soz.): In Elsaß-Lothringen liefern lediglich die
albenischen Kurapatoren, die Antisemitischen Agitationen,
wenn man die Elsaß-Lothringische Drohung? Der Land-
tag hat jene Bezeugnisse nicht überföhrt. Eine Verwarnung
durch den Reichsanwalt würde nur ein Laichen auslösen. Sollte
die Verfassung nur ein Kinderpielzeug sein? Die Abtritte sind
erfolgt aus Parlamentarismus. Wir den Grafenbader
Direktor geht uns jedes persönliche Interesse an, um so mehr
bedürfen wir das Entzern derartig Wahrgelungen. Die Berichte
an die Reichsregierung über den Grafenbader Fall
sind einseitig von der neuen Exzellenz. Unterstaats-
sekretär Mandel, verfaßt, der seiner geistigen Richtung nach nach
Schelben gehört. Ich bin indessen auch die Vertreterkreise gegen
den Statthalter zurückzuführen.

Preussischer Minister v. Heintzenberg: Der Fall Grafenbader
liegt völlig klar. (Sehr richtig!) Ein langjähriger Vizepräsident
der preussischen Eisenbahn zeigt ein deutsch-feindliches Verhalten. Ich
bin nicht der Auffassung, daß es sich um Kinderien handelt, son-
dern das ein Symbol des Deutschenalles. Die Angriffe gegen
die Elsaß-Lothringische Regierung zurückzuführen, ist nicht meine
Aufgabe. Ich bin der dorigen Regierung dankbar für die Auf-
klärung der Sachlage. Die Beschlässe der Zweiten Kammer haben
bewußt oder unbewußt den nationalpolitischen Streitungen Vor-
schub geleistet. Das Grafenbader Werk treibt auch französische
Korrespondenz, das könnte man auch Kinderien nennen. Der Elsaß-
Lothringische Industrie hat man keinen Dienst erwiesen. Wir
wären sehr entgegenkommend und wollen es auch heute noch sein.
Deshalb mag sich die Sachr entscheiden. Wird unsere Forderung
nicht erfüllt, dann kann sie keine Aufträge mehr von uns be-
kommen. (Lärm rechts.)

Obg. Oberregierungsrat Dr. Siegeling: Herr Unterstaats-
sekretär Mandel stellt turmhoch über den Angriffen, die man hier
gegen ihn gerichtet hat. Die Regierung hat die Erhebungen in
ordnungsmäßiger Weise stattfinden lassen. Die Regierung kennt
ihre Pflicht allein. Aber sie darf sich nicht zu einer Puppe herab-
würdigen lassen. Sie muß stets da auf dem Plane sein, wo es gilt,
das Deutlichkeit zu sprechen.

Abg. Vorles (Soz. D. Fortschritt. Npt.): Man spricht hier von
Danbarkeit oder Undanbarkeit. Das ist gar nicht am Plage,

Daß man uns mehr foveel Nationalisten. Trotzdem wurde die
Verfassung mit Genugtuung aufgenommen, und wir empfinden
Danbarkeit dankbar. Diese wird aber zerstört, wenn man dem
Volke derartige Formweise macht. Deshalb hind auch die Worte
des Kaisers sehr bedauernd worden. Ganz besonders ist es bei
denen geschehen, die bemüht sind an den Annäherungsversuchen
mitgearbeitet haben. Wir verlangen, daß, wenn jemand zu uns
kommt, er unsere Eigenart respektiert. Aber gerade Preußen will
uns die feine anbrängen.

Abg. Emmel (Soz.): Nationalismus läßt sich nicht bekämpfen
mit Drangsalierung und Drohungen. Eine glückliche Rolle als
der Unterstaatssekretär Mandel hat kaum jemals ein Regierungs-
vertreter gespielt. Mit solchen Worten zu arbeiten, ist uns kaum
guzunehmen.

Damit schloß die Debatte.
Der Etat des Reichsanwalts, der Reichstasche und des Aus-
wärtigen Amtes wurde bewilligt.

Es folgte der Etat des Innern.
Abg. Ahlborn (Fortfchr. Npt.): Es kommt immer wieder in
Grenzorten zu anderen Bundesstaaten Fälle von Doppelsteuer-
ung vor. Diese sollten vermieden werden.

Abg. Fegter (Fortfchr. Npt.) bittet um größeren Schutz und
Förderung der Seefischerei, im Interesse einer guten Volksernäh-
rung.

Abg. Werner-Bersfeld (D. Npt.): Die Zigeunerfrage in
Preußen verlangt die schärfste Aufmerksamkeit der Regierung.

Abg. v. Wühlendorff-Nilpen (Konf.): Der Schutz der Seefischerei
sollte auch auf die Elbe und speziell auf die Springfischerei aus-
gedehnt werden.

Eine Resolution in dieser Richtung wurde einstimmig ange-
nommen.

Bezüglich der Verbesserung des Wohnungswesens vertrat
Abg. Dr. Jäger (Str.) eine hierzu eingetragene Resolution.

Abg. Göhre (Soz.) über sozialpolitischen Gebiete liegt keine
größere Aufgabe für die nächste Zeit vor als diese.

Abg. Vater (Natl.): Es muß von Reichswegen für die Woh-
nungsfrage eingetreten werden, um Einheitslosigkeit zu schaffen.

Abg. v. Franckenhoff (Vot.): Die Wohnungsfrage sollte eine
Frage der Reichspolitik, und nicht, wozu sie im preussischen Land-
tag gehandelt worden ist, eine preussische Angelegenheit sein.

Abg. Dr. v. Braubach (Fortfchr. Npt.): Wir werden den Resolu-
tionen, die die Kommission vorlegt, antworten.

Abg. v. Mumm (Wirtsch. Soz.): Die Regierung wird wider-
lich die Möglichkeit, diese notwendige Frage zu regeln, um die
jetzt unvertretlichen Zustände zu befeitigen.

Die von der Kommission vorgeschlagene Resolution zur Rege-
lung des Wohnungswesens und Förderung des Baues von Klein-
wohnungen wurde einstimmig angenommen.

Der Etat des Innern wurde bewilligt.
Es folgte der Etat des Reichsberaters.

Hiernit wurde verbunden die Beratung über die Ohmartens-
zulassung.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Bei der ersten Lesung habe ich es für
vermerkt erklärt, daß ein hoher Offizier, der Präses der Artillerie-
Prüfungskommission, seinen Sohn bei der Firma Krupp als
Angestellten untergebracht habe. Das trifft nicht zu; ich bin falsch
unterrichtet, es handelt sich um einen anderen hohen Offizier.

Abg. Göttsch (Fortfchr. Npt.): Der Straßburger Fall des ab-
geleiteten Offiziersanpiranten hat dazu geführt, daß der Kriegs-
minister die ehrenwerte Eitelkeit dieses jungen Mannes auf das
schwerste vernichtet und befeitigt hat. Wir bewilligen doch dem
Kriegsminister nicht sein Gehalt, damit er im Nebamt nach
Judenmission treibt. (Lärm links, Lärm rechts.)

Abg. Schulz-Erkert (Soz.) befeuert sich darüber, daß einem
jungen Mann, von der Militärbehörde nur deshalb der Berechti-
gungsschein zum Einjährig-Freiwilligenentwurf verweigert worden
sei, weil er wegen Vergehens gegen das Reichsvereinsgesetz mit
6 Mark Strafe belegt worden sei. Die Militärbehörde habe sich
um die politische Tätigkeit der jungen Leute nicht zu kümmern.

Kriegsminister v. Seeringen: Die Auskunft, die ich über den
jungen Mann in Straßburg erhalten habe, beruht auf amtlichem
Material. Der Frau Vieber ist bei ihrer Unwesenheit in Berlin
gehaftet worden, sie möge schriftlich mitteilen, wie die Verhältnisse in
Berlin wirklich liegen, damit, wenn ihr Unrecht geschehen sei, dies
mieber gut gemacht werden könne. Smythen Juden und Christen
wird kein Unterschied gemacht. (Lärm links.) Wo in dieser Be-
ziehung Mißstände vorkommen, wird unerbittlich eingegriffen;
das Aufnahmefähigkeit hier keine Änderung. (Lärm links.) Es
kommt nur darauf an, ob der betreffende Aspirant zum Offizier-
dienst gewählt wird oder nicht. Nur ein Einjährig-Freiwilligen-
dienst ist ein Unbefolgtheitszeugnis notwendig, das aber nicht
von der Militärbehörde, sondern von der Zivilbehörde ausgestellt
wird. Die Strafbehörde drückt Instanz, der der von dem Abg.
Schulz erwähnte Fall vorlag, hat auf Grund des Urteils der
Zivilbehörde, die den Berechtigungschein verweigert hat, weil der
junge Mann wegen Unterbrechung sozialdemokratischer Betreun-
gung verurteilt war, keine Erlaß gehabt. Dieses Urteil der Zivil-
behörde anzuhängen und ihrerseits aus eigener Machtvollkommen-
heit den Berechtigungschein zu erteilen. Herr Müller-Meinungen
hatte in der letzten Lesung die Beurteilung des Obersten Jäger
ernannt. Der genannte Offizier hat nach Aufhebung eines ehren-
erwerblichen Verfahrens, das ihn vollständig rehabilitiert hatte, ein
Gehalt eingekauft, in dem er hat, auf das Tragen der Uniform
Gehalt leisten zu können. Darin hat er aber mehrere Offiziere
beleidigt, die an dem Ehrengerichte als Richter tätig waren. Aus
folgenden Gründen ist die Wehrtragung erfolgt. Auch heute würde
so vorgegangen werden wie damals.

Abg. Dr. v. Braun-Münchinger (Soz.): Die meisten jungen Mann
wegen seiner politischen Anschauung als heftigsten betrachtet und
nicht würdig erachtet wird, als Einjährigere dienen zu können. Es
liegt darin eine Rechtslenkung. (Beifall bei den Sozial-
demokraten.)

Kriegsminister v. Seeringen: Von der Zivilbehörde ist das Un-
befolgtheitszeugnis aufgrund des gerichtlichen Urteils verweigert
worden. Den letzten Vormerk muß ich entscheiden zurückweisen.
(Lärm rechts.)

Abg. v. Wlassow (Konf.): Ich komme mir vor als der Stein
unter der Dachrinne. (Beifall.) Die meisten Städte mit
ihren hohen Kommunalvermögen bis zu 400 Prozent müssen mit Gar-
nissen besetzt werden.

Abg. Dr. v. Braun-Münchinger (Soz.): Der Kriegsminister hat
mit seinen Ausführungen die Verantwortung auf sich abgewälzt.

Kriegsminister v. Seeringen: Nichts liegt mir fern, als eine
Verantwortung auf mich abzuwälzen. Ich weiß ganz genau, die
Abhebung des Einjährig-Freiwilligen mußte nach den Vor-
schriften erfolgen.

Abg. Hausmann (Fortfchr. Npt.): Der die Sozialdemokratie
bedürfen will, hat nichts wichtigeres zu tun, als strenge Ge-
rechtigkeit zu üben, auch wenn die Sozialdemokraten.

